

Die EU, die Türkei und die Flüchtlingskrise

Gunther Hauser

Einleitung

Die Regionen um die EU – sei es im Osten, sei es im Süden – sind in den letzten Jahren bedingt durch kriegerische Interventionen zahlreicher Akteure (USA, Frankreich, Großbritannien, Saudi-Arabien, Katar, Iran, Russland, Türkei), kriegerische Konflikte und der dadurch ermöglichten Entstehung des „Islamischen Staates“ und zahlreicher anderer extremen Terror- und Rebellengruppen weitaus unsicherer geworden. Selbst die Türkei hat sich Anfang 2016 zum Ziel gesetzt, eine große Mauer entlang der Grenze zu Syrien zu bauen. Deutschlands Außenminister Frank-Walter Steinmeier beurteilt die heutige außenpolitische Lage wie folgt:

„Es geht heute in der Außenpolitik immer häufiger um Fragen von Krieg und Frieden, um viele Menschenleben, und das in unserer direkten Nachbarschaft, in der Ukraine, im Mittleren Osten, in Nordafrika. ... Da, wo es ums Ganze geht, wird hart gestritten. Härter als im deutschen Bundestag, und zwar von allen.“¹

Steinmeier ist zudem *„oft fassungslos, in welchem Maße die ohnehin knappe Ressource Vernunft aus der Welt verschwunden ist. Und wie von vielen Seiten die Axt angelegt wird an ein Ordnungsmodell, das sich die Staaten dieser Welt aus der Erfahrung von zwei Weltkriegen gegeben haben.“²* Heute ist bereits absehbar, dass durch die verstärkte kriegs-, konflikt-, wirtschafts- und klimabedingte Flucht / Migration sich bis weit nach dem Jahr 2020 höchste Belastungen für die EU-Grenzsicherheit ergeben werden.

Türkisches Krisenmanagement und Lösungsmodelle der EU

Der Bürgermeister von Lesbos, Spyros Galinos, meinte im Jänner 2016: *„Aus meiner Sicht sollten alle europäischen Staaten endlich zusammenarbeiten, um eine tragfähige Lösung für die Flüchtlingskrise zu schaffen.“³* Zudem würde ein Schließen der Grenzen und ein Beschränken der Zahl der Asylbewerber in Griechenland Probleme auslösen, hier vor allem auf dem Dodekanes: *„Erstes Ziel müsste es sein, die illegalen Schleppernetzwerke in der Türkei zu bekämpfen.“⁴* Auf dem türkischen Festland sollen Registrierungscentren aufgestellt werden: *„Es fehlt einfach die große Strategie in Europa. Das ist das größte Problem. Wir wissen nicht, wie Europa die Flüchtlingskrise lösen will.“⁵*

In Bezug auf die Bewältigung der Flüchtlingskrise gab es zu Jahresbeginn 2016 Spannungen in der Grenzzusammenarbeit. Der Leiter der Grenzschutzbehörde Frontex, Fabrice Leggeri, machte Athen für Verzögerungen bei dem Einsatz von Grenzpolizisten aus anderen EU-Staaten in Griechenland verantwortlich: Aus diesem Grund schlug der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, Manfred Weber, Ende Dezember 2015 ein *„temporäres Ausscheiden“* Griechenlands aus der Schengen-Zone vor, der slowakische Ministerpräsident Robert Fico meinte danach, es sei *„höchste Zeit“*, Griechenland aus der Schengen-Zone auszuschließen.⁶ Griechenland hatte daraufhin einen eigenen Vorschlag gemacht, auf Lesbos und auf anderen Inseln sollen Beobachtungsposten

¹ Stefan Braun, „Laut trommeln, leise sprechen“, Interview mit Deutschlands Außenminister Frank-Walter Steinmeier, in: Süddeutsche Zeitung, 10.02.2016, S. 11.

² Ebenda.

³ Interview mit Spyros Galinos, Es fehlt die große Strategie der EU, in: Salzburger Nachrichten, 22.01.2016, S. 3.

⁴ Ebenda.

⁵ Ebenda.

⁶ Michael Martens, Vom Grexit zum Schexit?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.01.2016, S. 4.

entstehen, damit griechische Grenzer und Frontex-Beamte gemeinsam alle Bewegungen an den in der Sichtweite gelegenen türkischen Stränden verfolgen können.⁷ Mehr als 50.000 Flüchtlinge sind im Jänner 2016 aus der Türkei in Griechenland angekommen, so betonte Griechenlands Migrationsminister Ioannis Mouzalas, dass Hotspots „den Flüchtlingsstrom nicht kleiner machen. Nur die Türkei kann das.“⁸

Die Türkei beherbergte Anfang 2016 über 2,5 Millionen Schutzsuchende.⁹ Zusätzlich wurden von der Türkei (unter anderem vom türkischen Katastrophenschutzamt Afad) Anfang Februar 2016 an die 77.000 Menschen, die von heftigen Kämpfen um Aleppo geflohen waren, mit Zelten, Decken und Nahrungsmitteln versorgt – jedoch auf der syrischen Seite des Grenzraumes. Maßgeblich beteiligt bei derartigen Einsätzen ist die islamische Stiftung IHH, die vor sechs Jahren das von Israel sichergestellte Gaza-Schiff Mavi Marmara losgeschickt hat. Täglich würden Mahlzeiten für 50.000 Menschen und rund 100.000 Brotlaibe verteilt, erklärte die IHH.¹⁰ Das Ziel bleibt, so Regierungssprecher Numan Kurtulmuş, die Flüchtlinge außerhalb der Türkei unterzubringen.¹¹ Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu erklärte, seine Regierung rechne mit bis zu einer Million Flüchtlingen, die Richtung Türkei aufbrechen könnten, falls sich die Lage um Aleppo weiter verschlechtert.¹²

Mehr denn je ist die EU in der Flüchtlingsfrage auf die Zusammenarbeit mit der Türkei angewiesen. Anlässlich des Besuches des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan in Brüssel hatte Anfang Oktober 2015 die Europäische Kommission einen Plan erstellt mit dem Ziel, die Flüchtlings- und Migrationsströme in „geordnete Bahnen“ zu lenken. Die wesentlichen Inhalte lauten:

- Forderung an die Türkei, einen verbesserten Schutz an der griechisch-türkischen Land- und vor allem Seegrenze zu schaffen und gemeinsame Patrouillen im Mittelmeer durchzuführen;
- Laut Vorstellungen der Europäischen Kommission sollen aufgegriffene Flüchtlinge / Migranten in die Türkei zurückgebracht werden.
- In diesem Zusammenhang soll die Türkei schließlich als sicherer Drittstaat geführt werden, in dem Schutzsuchende zurückgeschickt werden können.¹³

Im Gegensatz dazu würden sich die EU-Mitgliedstaaten zur Aufnahme eines Teils der Schutzsuchenden verpflichten. Zudem sollte nach damaligen Plänen die Türkei eine Milliarde Euro für den Aufbau von sechs weiteren Flüchtlingslagern für bis zu zwei Millionen Menschen erhalten.¹⁴ Damals hatte Ankara für die Versorgung der Flüchtlinge nach eigenen Angaben 7,5 Milliarden US-Dollar ausgegeben, von der internationalen Staatengemeinschaft jedoch lediglich 400 Millionen US-Dollar an Hilfe erhalten.¹⁵ Das Angebot der EU, eine Milliarde Euro als Hilfe für Schutzsuchende in der Türkei zur Verfügung zu stellen, lehnte Präsident Erdoğan ab mit dem Argument, das Geld stamme angeblich aus Töpfen, die ursprünglich für den Beitrittsprozess der Türkei vorgesehen waren.¹⁶ Politisch fordert die Türkei von der EU die Ächtung der PKK sowie Unterstützung für die Errichtung einer Schutzzone im Norden Syriens. Ankara warb damals mit dem Vorhaben zum Bau von drei Containersiedlungen für 300.000 rückkehrwillige syrische Flüchtlinge.¹⁷ Zudem soll die

⁷ Ebenda.

⁸ Griechenland kündigt Verzögerung bei Asyl-Hotspots an, in: Der Standard, 30.01.2016, S. 1.

⁹ Ankara fordert mehr Geld von der EU, in: Die Presse, 23.01.2016, S. 4.

¹⁰ Susanne Güsten, Will Türkei Schutzzone erzwingen?, in: Die Presse, 10.02.2016, S. 4.

¹¹ Ebenda.

¹² Ebenda.

¹³ Anna Gabriel und Susanne Güsten, Erdoğan zeigt in Brüssel Härte, in: Die Presse, 6.10.2015, S. 1.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Ebenda.

Einführung der Visafreiheit für türkische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger erfolgen, die Mitgliedstaaten der EU sind jedoch bestrebt, einem derartigen Vorhaben erst nach längeren Übergangsfristen zuzustimmen.¹⁸ Präsident Erdoğan lehnte die von der EU vorgeschlagene Errichtung weiterer Flüchtlingslager in der Türkei ab mit dem Argument, die EU wolle „*sich aus der Masse der Flüchtlinge jene herauspicken, die für ein Asyl in der EU infrage kämen. Die Türkei nehme alle Syrer ungeachtet ihres Bildungsstandes und ihrer Religionszugehörigkeit auf*“, betonte Erdoğan.¹⁹

Österreichs Außenminister Sebastian Kurz übte im Oktober 2015 heftige Kritik an jenen Beschlüssen der EU, mit denen durch die Auszahlung von drei Milliarden Euro an die Türkei Erleichterungen bei der Visavergabe und die Rückkehr zu den Beitrittsverhandlungen mit der EU erreicht werden sollte:

„Der EU-Beschluss für eine Kooperation mit der Türkei sagt in Wahrheit, dass Erdoğan sich für uns die Hände schmutzig machen soll. Das sollte man aber auch offen aussprechen. Es ist doppelbödig und scheinheilig, Erdoğan drei Milliarden dafür zu bezahlen, dass er die Flüchtlinge aufhält, um sich dann auch noch für Menschlichkeit zu brüsten.“²⁰

Kurz erläuterte ergänzend: *„Europa sollte sich eingestehen, dass ein Asylsystem mit einem völlig unkontrollierten Zustrom bis nach Mitteleuropa nicht funktionieren kann. ...“²¹* Laut Kurz soll primär in den Herkunftsländern der Schutzsuchenden Hilfe vor Ort gewährleistet werden: *„Wir können mit dem Geld, das wir ausgeben, um einen Flüchtling in Österreich ein Jahr lang zu versorgen, in der Türkei 19 Flüchtlinge versorgen, in anderen Ländern in der Region sogar noch mehr.“²²* Kurz fordert auch eine Neuregelung der Asylgesetze: *„Das heißt, Asylanträge sollen künftig außerhalb Europas vor Ort in Asylzentren zu stellen sein, damit entziehen wir den Schleppern die Geschäftsgrundlage und geben wirklich den Ärmsten der Armen eine Chance auf Asyl in Europa.“²³* Bei derzeitigem System würden viele junge Männer nach Europa kommen, die gesundheitlich fit genug seien und genügend Geld hätten, Schlepper zu bezahlen.²⁴

Für Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel ist die Türkei das zentrale Land für die Bewältigung der Flüchtlingskrise. Sie plädiert weiterhin für eine EU-weite Lösung in Hinblick auf die Bewältigung dieser enormen Herausforderung, es bedarf demnach der Koordination mit der türkischen Regierung.²⁵

Die EU beschloss zunächst am 29. November 2015 mit der Türkei einen Aktionsplan, den Flüchtlings- und Migrationsstrom durch verbesserte Grenzsicherung einzudämmen. Im Gegenzug sicherte die EU der Türkei drei Milliarden Euro an Finanzhilfe, raschere Beitrittsgespräche und Reiseerleichterungen für türkische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in die EU zu.²⁶ Im Jänner 2016 kommentierte Deutschlands Vizekanzler Sigmar Gabriel dazu: *„Bislang sehen wir nicht, dass die Verabredungen wirken.“²⁷* Jedoch bleibt auch die EU Zusagen schuldig, die EU bleibt nach wie vor von einer Vereinbarung zur Übernahme von so genannten Kontingentflüchtlingsen aus der Türkei *„weit entfernt“²⁸*. Am 2. Dezember 2015 ging die türkische Küstenwache und Gendarmerie mit 250 Mann gegen Menschenschmuggler

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Rainer Nowak, „Scheinheiliger“ Deal mit Ankara, in: Die Presse, 22.10.2015, S. 3.

²¹ Ebenda.

²² Ebenda.

²³ Ebenda.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Ankara fordert mehr Geld von der EU, in: Die Presse, 23.01.2016, S. 4.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Ebenda.

vor. An acht Orten in der Küstenprovinz Çanakkale erfolgten Festnahmen von drei Schleppern und die Beschlagnahme von vier Booten, 1.500 Flüchtlinge wurden in das Abschiebezentrum Ayvacık gebracht.²⁹ In der Kleinstadt Ezine kam es zur Festsetzung von drei Menschenschmugglern und 113 Syrern, 57 Flüchtlinge / Migranten, die bereits im Boot nach Lesbos sich befanden, holte die türkische Küstenwache zurück.³⁰

Der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu hatte bereits im Jänner klargemacht, dass er nun endlich „konkrete Maßnahmen“ der EU zur Überwindung der Krise erwartet und betonte anlässlich seines Besuches bei Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Drei Milliarden Euro sind nur da, um den politischen Willen zur Lastenteilung zu zeigen.“ Insgesamt habe die Türkei jedoch beinahe neun Milliarden Euro für Schutzsuchende ausgegeben: „Niemand kann von uns erwarten, die ganze Last allein zu tragen.“³¹

Auf Ersuchen der Türkei, das von Deutschland unterstützt wird, soll nun die NATO an der Bekämpfung des Schlepperwesens in der Ägäis teilnehmen und primär Aufklärungsschiffe beisteuern.³² NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg meinte dazu: „Die Flüchtlingskrise bereitet uns allen große Sorgen“, so Stoltenberg: „Deshalb denke ich, dass wir die Anfrage der Türkei sehr ernst nehmen und schauen, was die NATO tun kann.“³³ Die Verteidigungsminister der NATO-Staaten sollten, so Bundeskanzlerin Merkel nach Beratungen mit ihrem türkischen Kollegen Davutoğlu, darüber sprechen, ob die NATO „bei der Überwachung der Situation auf See hilfreich sein und die Arbeit von Frontex und der türkischen Küstenwache unterstützen kann.“³⁴ Dieser Vorstoß kam für Diplomaten im NATO-Hauptquartier ziemlich überraschend. Bei einem möglichen NATO-Einsatz könnte es vor allem darum gehen, den türkischen Grenzschutz und die auf griechischer Seite operierende EU-Grenzschutzmission Frontex mit einem verbesserten Lagebild auszustatten.³⁵ Genutzt werden soll für eine derartige Mission ein im östlichen Mittelmeer sich befindender ständiger NATO-Verband unter der Führung Deutschlands. Flaggschiff des Verbandes ist derzeit der Einsatzgruppenversorger *Bonn*.³⁶ Douglas Lute, US-Botschafter bei der NATO, hatte darauf hingewiesen, dass in der Flüchtlingskrise jedoch „in erster Linie die EU gefragt sei“: Den türkischen Wünschen könne man, so Lute, zwar „aufmerksam zuhören“, ein Anti-Schlepper-Einsatz würde eine enge Zusammenarbeit mit der EU auf jeden Fall erforderlich machen.³⁷ Insgesamt sollen im Zuge einer gemeinsamen Bewältigung der Flüchtlingskrise „den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei, einschließlich des Beitrittsprozesses“, neuer Schwung verliehen werden.³⁸

Seit 29. November 2015 liegt „ein umfassendes Paket mit Zusagen und Zeitplänen auf dem Tisch“, also ein „Aktionsplan“, der auf dem Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs der EU mit dem türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu wie folgt beschlossen wurde:³⁹ drei Milliarden Euro werden an die Türkei gezahlt und die EU übernimmt jährlich 250.000 Flüchtlinge.⁴⁰ Nach schwierigen Verhandlungen mit Italien gab es Anfang Februar 2016 für ein derartiges Paket eine Einigung: eine Milliarde kommt aus dem EU-Budget, den Rest teilen sich die Mitgliedstaaten auf: 427,5 Millionen Euro werden von Deutschland

²⁹ Mike Szymanski, Ein Land wird zur Sackgasse, in: Süddeutsche Zeitung, 3.12.2015, S. 2.

³⁰ Ebenda.

³¹ Ankara fordert mehr Geld von der EU, in: Die Presse, 23.01.2016, S. 4.

³² Daniel Brössler, Nato prüft Einsatz gegen Schleuser in der Ägäis, in: Süddeutsche Zeitung, 10.02.2016, S. 1.

³³ Ebenda.

³⁴ Ebenda.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Ebenda.

³⁸ Michal Stabenow, Symbolische Annäherung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.11.2015, S. 2.

³⁹ Berlin trägt wohl größten Teil der Türkei-Hilfe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.12.2015, S. 19.

⁴⁰ Jürgen Streihammer, Wolfgang Böhm, Benedikt Kommenda, Merkels türkisches Dilemma, 9.02.2016, S. 1.

bereitgestellt, Österreich steuert 45 Millionen Euro bei.⁴¹ Im Herbst 2016 soll die Visumpflicht für türkische Bürger bei Reisen in die EU wegfallen, der Kampf gegen Menschenschmuggler soll verstärkt werden.⁴²

Aufgrund des Streits um die geteilte Insel Zypern sind die Beitrittsgespräche mit der Türkei seit 2006 erheblich ins Stocken geraten. Belgiens Regierungschef Charles Michel ließ jedoch keinen Zweifel daran, *„dass die Türkei sehr weit von einem Beitritt entfernt ist.“*⁴³ Der türkische Präsident Erdoğan hatte am Rand des G-20-Gipfels Mitte November 2015 in Belek nahe Antalya im Gespräch mit EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker und EU-Ratspräsidenten Donald Tusk damit gedroht, die Grenzen Richtung Griechenland und Bulgarien zu öffnen und *„Flüchtlinge dort in Busse zu stecken“*: *„Wenn Sie drei Milliarden Euro für zwei Jahre bieten, brauchen wir gar nicht weiter zu diskutieren.“*⁴⁴ *„Griechenland hat während der Eurokrise 400 Milliarden Euro erhalten.“*⁴⁵ Erdoğan weiter: *„Was werden Sie denn mit den ankommenden Flüchtlingen tun, wenn wir keinen Deal schaffen? Sie umbringen?“* Sollte die Lage eskalieren, werde die EU nicht nur mit Bildern von einem toten Buben am Strand konfrontiert sein, sondern mit 10.000 oder 15.000: *„Wie werden Sie damit umgehen?“*⁴⁶ Die Türkei öffnete mittlerweile den Arbeitsmarkt für die 2,5 Millionen im Land sich befindenden syrischen Flüchtlinge, zugleich wurde für Syrer jedoch eine Visumpflicht eingeführt. Die Flüge vom Libanon in die Türkei nahmen daraufhin ab, der folglich überlastete Libanon hatte folglich aufgrund des Rückstaus begonnen, Syrer in ihr Heimatland zurückzuschicken.⁴⁷

Schlussfolgerungen

In den ersten sechs Wochen des Jahres 2016 sind nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) mehr als zehnmal so viele – mindestens 76.000 – Flüchtlinge / Migranten auf dem Seeweg nach Europa gekommen als im selben Zeitraum des Jahres 2015. Davon sind 70.365 in Griechenland und 5.989 in Italien angekommen. Die Zahl der getöteten Flüchtlinge / Migranten ist laut IOM von 69 im Jahr 2015 Anfang Februar auf 409 im Jahr 2016 während desselben Zeitraumes gestiegen.⁴⁸ An einer gemeinsamen Lösung zur Bewältigung der enormen Flüchtlings- und Migrationskrise kommt die EU nicht vorbei. Griechenlands Premier Alexis Tsipras meinte, die Türkei und Griechenland *„leisteten sich einerseits hochgerüstete Armeen, seien aber außerstande, den Schlepperbanden das Handwerk zu legen“*.⁴⁹ Wer es in die Türkei geschafft hat, kann sich grundsätzlich sicher fühlen, soziale Spannungen halten sich trotz der Aufnahme von 2,5 Millionen Flüchtlingen *„in Grenzen“*.⁵⁰ Jedoch wächst in der Türkei *„eine verlorene Generation“* heran: 400.000 syrische Kinder besuchten nach Angaben der Human Rights Watch keine Schule: *„Die Türkei hat die Menschen zwar aufgenommen. Für deren Integration aber hat sie noch keinen Plan.“*⁵¹ Zudem bleiben die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei belastet, was eine engere Kooperation belastet: die Beitrittsverhandlungen liegen de facto auf Eis, zudem äußert sich die EU wiederholt kritisch zur mangelnden Pressefreiheit und die Lage der

⁴¹ Ebenda.

⁴² Michal Stabenow, Symbolische Annäherung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.11.2015, S. 2.

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ Erdoğan's Drohungen, in: Die Presse, 11.02.2016, S. 5.

⁴⁵ Jürgen Streihammer, Wolfgang Böhm, Benedikt Kommenda, Merkels türkisches Dilemma, Die Presse, 9.02.2016, S. 1.

⁴⁶ Erdoğan's Drohungen, in: Die Presse, 11.02.2016, S. 5.

⁴⁷ Jürgen Streihammer, Wolfgang Böhm, Benedikt Kommenda, Merkels türkisches Dilemma, Die Presse, 9.02.2016, S. 1

⁴⁸ 76.000 Flüchtlinge kamen auf dem Seeweg, in: Die Presse, 10.02.2016, S. 4.

⁴⁹ Mike Szymanski, Ein Land wird zur Sackgasse, in: Süddeutsche Zeitung, 3.12.2015, S. 2.

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ Ebenda.

Menschenrechte in der Türkei. Der Konflikt mit der PKK trägt nicht zur Entspannung der Lage in der Türkei bei. Anfang November 2015 wurde seitens der EU der Fortschrittsbericht zur Türkei vorgelegt: Hauptkritikpunkte sind eine Verlangsamung politischer Reformen und Rückschläge bei der Demokratie und bei Menschenrechten: *„Der Bericht unterstreicht den generell negativen Trend in Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte“*, so die Europäische Kommission.⁵² Gegenüber der Unabhängigkeit der Justiz in der Türkei gibt es seitens der EU *„ernste Bedenken“*, so sei auch die *„Machtbalance im Staat aus dem Gleichgewicht geraten“*.⁵³ Zudem gibt es dem Bericht zufolge Einschränkungen bei der Meinungs- und Versammlungsfreiheit: *„Anhaltende neue Strafverfolgungen gegen Journalisten, Autoren und Nutzer sozialer Medien, die Einschüchterung von Journalisten und Medien sowie die Aktionen der Behörden zur Einschränkung der Medienfreiheit sind Grund für ernste Besorgnis.“*⁵⁴ Im Jänner 2016 wurden in der Türkei 18 Akademiker festgenommen, weil sie Militäreinsätze gegen Kurden im Südosten der Türkei öffentlich kritisiert hatten. Sie gehören zu mehr als 1.000 Wissenschaftlern aus der Türkei und dem Ausland, die eine entsprechende Erklärung initiiert hatten. Dagegen ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Beleidigung des Staats und der *„Betreibung terroristischer Propaganda“* für die PKK⁵⁵ Das von den EU-Mitgliedstaaten bereitgestellte Geld in Höhe von drei Milliarden Euro wird an die Türkei schrittweise ausbezahlt, also je nach Umsetzungsgrad der zwischen der Türkei und der EU vereinbarten Maßnahmen: *„Die Türkei muss jetzt liefern und illegale Grenzübertreite massiv gegen null reduzieren“*, so der für die Nachbarschaftspolitik der EU zuständige Kommissar Johannes Hahn.⁵⁶ Ein äußerst wichtiger Schritt wäre auch die Umsetzung eines gesamteuropäischen Ansatzes bei der Bewältigung des Massenstromes an Schutzsuchenden. Dimitris Avramopoulos, EU-Kommissar für Migrationswesen, hatte die vereinbarte Aufteilung von 160.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien wiederholt eingemahnt. Bis 10. Februar 2016 sind lediglich 497 Personen auf wenige EU-Staaten aufgeteilt worden: *„Wir müssen bei der Umverteilung dringend hochschalten. Die Ergebnisse sind zu armselig“*, so Avramopoulos.⁵⁷ Nach Aussagen des EU-Ratspräsidenten Donald Tusk bleibt das Hauptziel der EU weiterhin, *„dem Zustrom von Flüchtlingen nach Europa Einhalt zu gebieten.“*⁵⁸ Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker meinte Ende November 2015: *„Ob es gefällt oder nicht gefällt – wir müssen mit der Türkei in gemeinsamer Anstrengung zusammenarbeiten.“*⁵⁹ Aufgrund der akuten Lage muss die Kooperation mit der Türkei zur Stabilisierung Europas umfassend erweitert werden. Ströme von Millionen von zusätzlichen Flüchtlingen werden die EU-Mitgliedstaaten bei ihren derzeitigen Kapazitäten nicht mehr verkraften.

Dr. Gunther Hauser ist Leiter des Referats Internationale Sicherheit am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie und Vizepräsident des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

Veröffentlicht in: Berichte an die Freunde der Landesverteidigungsakademie, Heft 1/2016, S. 5-10.

⁵² Neustart für türkische EU-Verhandlungen, in: Die Presse, 11.11.2015, S. 4.

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵ Robin Alexander, Daniel-Dylan Böhmer, „Wir müssen die Syrer im Land selbst schützen“, in: Die Welt, 16.01.2016, S. 7.

⁵⁶ Wolfgang Böhm, Hahn: „Türkei muss illegale Migration stoppen“, in: Die Presse, 11.02.2016, S. 5.

⁵⁷ Ebenda.

⁵⁸ Michael Stabenow, Symbolische Annäherung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.11.2015, S. 2.

⁵⁹ Ebenda.